

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

N<sup>o</sup> 119.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.

Mittwoch, den 27. Mai.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

## Deutsche Ackerbau-Kolonien.

Es wird wohl nur wenige Leute mehr geben, die in der Auswanderung unter allen Umständen eine Krankheitserscheinung erblicken, die hervorgerufen ist durch „schlechte Zeiten“, dem entsprechend also nach Möglichkeit zurückgehalten werden sollte, in der Hoffnung, daß ihr durch den Eintritt „besserer Zeiten“ über kurz oder lang wieder der Boden entzogen werden möchte. Es kommt ja vor, daß beispielsweise durch Mißjahre große Mengen von wirtschaftlichen Existenzen plötzlich zusammenbrechen, so daß eine Vermehrung des Abzuges der Bevölkerung nach überseeischen Ländern die Folge ist, und es ist richtig, daß in solchen Fällen gar mancher Einzelne, wenn wirksame Hilfe zu geeigneter Zeit einsetzt, dem Vaterlande erhalten bleiben kann. Aber im Großen und Ganzen ist die Auswanderung eben doch anderer Natur. Sie ist das einzige natürliche Mittel, durch welches eine Nation, welche beginnt, über den Spielraum ihres Staatsgebietes hinauszuwachsen, sich Luft verschaffen kann. So lange nur überflüssige Kräfte abziehen, meint Dr. S. G. Weiß in einem von der „Deutschen Kolonialzeitung“ veröffentlichten Aufsatz, sollte die Auswanderung eher gefördert, als gehindert werden. Selbst wo die Auswanderung einen Rückgang in der Bevölkerungszahl zur Folge hat, kann sie unter Umständen heilsam sein, denn es ist ja möglich, daß Verhältnisse vorliegen, unter denen die Zahl der wirtschaftlichen Existenzen, welchen die gegebene Bodenfläche zur Grundlage dienen kann, kleiner werden muß.

In Deutschland weist der jährliche Zuwachs an Geburten gegenüber dem Abgang durch Tod und Auswanderung einen Ueberschuß auf. Ist nun die hieraus sich ergebende Vermehrung der Einwohner des Reiches unter den bestehenden Verhältnissen geeignet, die Wohlfahrt Deutschlands zu fördern oder müßte sie zu diesem Zwecke größer oder geringer sein, oder endlich — ist sie vielleicht überhaupt nachtheilig? Eine für alle Fälle zutreffende Antwort ist hierauf nicht leicht zu geben. Es könnte ja z. B. sein, daß durch eine über die zu hegenden Erwartungen weit hinausgehende Entfaltung der deutschen Industrie einmal plötzlich der Nahrungsspielraum in Deutschen Reich bedeutend erweitert würde. Aber mit solchen Möglichkeiten haben wir hier nicht zu rechnen. Wenn wir ermitteln wollen, ob für jetzt und für die Zukunft noch „Raum für Alle“ im Reich ist, ohne daß die Auswanderung an Umfang zunimmt, so dürfen wir nicht in erster Linie fragen, ob in diesem oder jenem Industriezweig künftig einige weitere Tausende Beschäftigung und Nahrung finden können, auch dürfen wir nicht darauf hinweisen, daß in dem einen oder andern Lande mehr Köpfe auf die Quadratmeile kommen als in Deutschland, ohne daß sich die Leute dort gegenständig erdrücken, sondern wir müssen im Auge behalten, daß das deutsche Volk in der Hauptsache ein Landwirtschaftstreibendes ist, und daß die Frage nach dem Auswanderungsbedürfnis im Wesentlichen darauf hinausläuft, zu ermitteln, ob die deutschen Bauern auf ihrer Scholle Platz haben und haben werden oder nicht.

In einzelnen Theilen des Reiches mag ein weiteres Wachsen der Bevölkerung an sich erwünscht sein; im Großen und Ganzen wird man aber doch das Vorhandensein eines Zustandes konstatieren müssen, der nahe an Uebersättigung grenzt. Schon die Thatfache allein, daß bereits vielfache Klagen laut werden und die Bevölkerung doch noch in stetem Wachsen begriffen ist, würde hierzu berechnen. Aber es kommt noch ein weiterer Umstand hinzu. Die Landwirtschaft geht einer Umgestaltung entgegen, welche zweifellos bewirken wird, daß der vorhandene Raum für diejenige Bevölkerung, welcher er heute genügt, in einer absehbarer Zeit sich als unzureichend erweisen wird. In erster Linie wird der Stand der Kleinbauern allmählich verschwinden. Unter einem Kleinbauern verstehen wir denjenigen, der mit seiner Familie und ohne fremde Hilfe gerade so viel Land bebaut, als ausreicht, ihn und seine Familie vollständig zu unterhalten. Die sogenannten Tagelöhnergüter gehören hierher also nicht, da die Landwirtschaft sich bei diesen mehr als ein Nebengewerbe darstellt, bestimmt, diejenige Zeit auszufüllen, in welcher etwa keine anderweitige Arbeit zu haben ist.

Wie mehr und mehr auch für die kleinsten landwirtschaftlichen Betriebe die Geldwirtschaft die Naturalwirtschaft verdrängt — und es wäre ja thöricht, sich hier dem Auge der Zeit entgegenstemmen zu wollen — so muß mehr und mehr die Stellung des Kleinbauern an Halt verlieren.

Ehedem brauchte der Kleinbauer das ganze Jahr hindurch kaum einen Pfennig Geld. Seine Abgaben entrichtete er in Naturalien, und sie richteten sich nach dem erzielten Rohertrag; sie waren in guten Jahren größer, in schlechten kleiner. Selbst wenn die Abgaben des Landwirthes dem durchschnittlichen Rohertrag gegenüber gerecht wären, würde ihre Stetigkeit dem Kleinbauern zum Nachtheil gereichen müssen. Was hilft es ihm, daß er in einem guten Jahre weniger zu entrichten hat, als er nach seinem Rohertrage leisten könnte, wenn es ihm an der nöthigen Umsicht und besonders auch an den nöthigen Mitteln fehlt, den Ausgleich zwischen den guten und schlechten Jahren zu bewerkstelligen? Und wenn schlechte Jahre kommen, und er soll dieselben Lasten tragen, wie in guten, und noch dazu in baarem Gelde, dann muß er einen großen Theil der Erzeugnisse verkaufen, die ihm zum eigenen Gebrauche dienen sollten. Mit dem färglichen Rest ist er bald zu Ende. Dann kann er — dank dem Kredit, den er durch den Besitz seiner paar Acker genießt — sich Geld aufnehmen, um beim Bäcker Brot zu kaufen. So zahlt er zu allem Elend des schlechten Jahres neben seinen Abgaben noch den Zins für den Geldverleiher und seinen Theil am Verdienste des Getreidehändlers, des Maklers, des Müllers, des Bäckers und wie sie alle heißen, durch deren Hände das Korn des armen Mannes läuft, ehe es wieder als Brot in seine Hände gelangt. Es liegt auf der Hand, daß unter den heutigen Verhältnissen das Geldbedürfnis der Kleinbauern sich fortwährend steigert. Dadurch werden sie (und wurden sie größtentheils schon) veranlaßt, entweder durch Zukauf oder Zupachtung von neuen Gütern, oder durch Verrichtung von Tagelöhnerarbeit für andere, diesem Bedürfnisse zu begegnen. Beides muß die Wirtschaft in Verfall bringen. Die Familie reicht kaum mehr aus, um die Arbeit zu bewältigen. Die Frau hört auf, selbst zu spinnen, selbst zu baden. Der Getreide-Verkauf und Brot-Ankauf ist nicht mehr Ausnahme, sondern wird zur Regel. Das Geldbedürfnis steigt mehr und mehr. Es werden immer mehr Güter zugelegt, und es müssen zu deren Bearbeitung fremde Kräfte beigezogen werden, oder aber es werden immer mehr Tagelöhnerdienste verrichtet, und es müssen die Güter deshalb zurückkommen und schließlich theilweise abgegeben werden. Im ersten Falle kann wohl unter besonders günstigen Umständen dann und wann der Uebergang zum Mittelbauernstande die Folge sein, in der Regel aber wird es zum Zusammenbruche der Wirtschaft kommen. Dazu kommt noch die Thatfache, daß der Kleinbauer aus guten Gründen nie in der Lage sein wird, sich die Verbesserungen in der Technik des landwirtschaftlichen Betriebes, wie sie namentlich durch Erfindung und Vervollkommnung der landwirtschaftlichen Maschinen geboten werden, in vollem Maße zu eigen zu machen.

## Tageschau.

Freiberg, den 26. Mai.

Nur auf kurze Zeit sind dem deutschen Bundesrathe Pfingstferien vergönnt, denn schon am 4. Juni sollen die Arbeiten wieder aufgenommen werden, welche besonders den Ausführlingsbestimmungen für die Zolltarifnovelle und zu der Wörsensteuer gelten. Der Antrag Preußens zur braunschweigischen Thronfolgefrage dürfte später auf die Tagesordnung gelangen, da der Justizauschuß des Bundesrathes erst in der Woche nach Pfingsten in die Berathung der Angelegenheit tritt und man eine eingehende Verhandlung voraussehen zu können glaubt. Ein in der Reichshauptstadt wohnender, anscheinend wohlunterrichteter Korrespondent verschiedener großer preussischer Provinzialblätter versichert, daß eine Vereinigung Braunschweigs mit Preußen als ausgeschlossen angesehen werden müsse. Bei der Abneigung fast aller Bundesregierungen gegen eine solche Lösung wäre dieselbe nur möglich gewesen, wenn die braunschweigische Bevölkerung — dahin zielende entschiedene Wünsche kundgegeben hätte. Die Braunschweiger wollen aber offenbar ihre Selbständigkeit innerhalb des Reiches behalten. Von einzelnen Bundesregierungen wird dem entsprechend die Wahl eines neuen Herzogshauses gewünscht, und es scheint, daß Prinz Albrecht von Preußen, der gegenwärtig als kommandirender General des 10. Armee-Korps in Hannover residirt, als der Begründer dieser neuen braunschweigischen Dynastie endgiltig in Aussicht genommen ist. Der derzeitige von der Thronfolge ausgeschlossene Herzog von Cumberland soll am Sonntag an die europäischen Höfe ein Rundschreiben erlassen haben, welches gegen den preussischen Antrag beim Bundesrath protestirt und ihn als eine Verletzung des Völkerrechts bezeichnet. Bei den obwaltenden Verhältnissen legt man der Zusammenkunft des

deutschen Kronprinzen mit dem König von Sachsen auf dem von dem Herzog Wilhelm von Braunschweig ererbten schlesischen Schlosse Sibyllenort große Bedeutung bei. Den Vertrauensmann des Herzogs von Cumberland, den Abg. Windthorst, hat der sächsische Monarch gar nicht empfangen. Der deutsche Kronprinz wird sich morgen nach Schloß Dels begeben und von dort aus das auf Schloß Sibyllenort weilende sächsische Königspaar besuchen. Es ist wahrscheinlich, daß bei dieser Gelegenheit der Kronprinz das 2. schlesische Dragonerregiment inspizirt, das in Dels, Kreuzburg, Frauastadt und Ranslau garnisonirt und in dem erstgenannten Orte zusammengezogen werden soll.

Nachdem die preussische Regierung die von dem Papste für den Posen-Gnesener Erzbischofsstuhl neuerdings vorgeschlagenen Kandidaten, die Domherren Maryanski und Dorzmaski, abgelehnt hat, ist der römischen Kurie von Berlin aus der dortige Propst Kmann für den vakanten Posten vorgeschlagen worden. Die preussische Regierung beharrt dabei, daß ihr nur ein bürgerlicher deutscher, nicht aber ein den hochadeligen polnischen Kreisen angehörnder Geistlicher die erforderlichen Garantien bieten könne. — In Lauch hat am gestrigen Tage die feierliche Eröffnung des Reichswaisenhauses stattgefunden. Der großherzogliche Landeskommissar, der Stadtdirektor, die evangelische Geistlichkeit Lauch, die Spitzen der dortigen Zivilbehörden, sowie zahlreiche Mitglieder von Korporationen und Vereinen wohnten der Feier bei.

Bei der Wahlbewegung in Oesterreich liegen bis jetzt die Dinge für die deutschliberale Partei nicht sehr günstig, weil die Anhänger des bisherigen Parteistandpunktes der vereinigten Linken von den Deutschnationalen fast mit derselben Festigkeit bekämpft werden, wie die gemeinsamen Gegner im föderalistischen Lager. Ein Mann wie Dr. Herbst hat keine Aussicht, in seinem alten Wahlkreise Schludenaun, den er seit über zwanzig Jahren vertritt, wiedergewählt zu werden und muß einem Vertreter der „schärferen Tonart“ den Platz räumen. Um für Dr. Herbst einen Sitz im österreichischen Abgeordnetenhaus zu sichern, ist ihm von Wien, das vier Mandate zu vergeben hat, neben Dr. Jacques, Ropp und Weitloß, der Platz des verstorbenen Hofer angeboten worden. Bis jetzt wurden in Oberösterreich 1031 konservative, 112 liberale und 12 farblose Wahlmänner gezählt; viel günstiger sollen bei der mangelnden Einigkeit auch in Böhmen die Dinge nicht liegen. Der Minister Graf Taaffe hat am 20. d. M. dem Wiener Korrespondenten der „Times“ gegenüber die Uebergewinnung ausgesprochen, daß seine Majorität wesentlich vermehrt werden würde. Die entschiedene deutschnationale Partei dürfte unter Dr. Knoß in Böhmen gleichfalls an Stärke gewinnen, aber dies könne er als kein Unglück betrachten, da extreme Abgeordnete dem Werke einer guten Regierung weniger gefährlich seien, als Männer mit schwankenden Meinungen, die von Partei zu Partei übertreten. — Am Sonnabend vor dem Feste hat bei dem Grafen Kalnoky in Wien eine gemeinsame Ministerkonferenz stattgefunden, in welcher über die Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn verhandelt wurde.

Angenehm will der italienische Minister des Auswärtigen, Mancini, von seinem Posten zurücktreten, weil ihm die Kammer einige Abstriche an seinem Budget machte. In Wirklichkeit wartete Mancini nur auf die Gelegenheit, mit Ehren vom politischen Schauplatz zurücktreten zu können, seine religiöse Feier der Interpellation Cairoli's nur dadurch einer schimpflichen Niederlage entging, daß sich das ganze Cabinet Depretis mit ihm solidarisch erklärte.

Der französische Senat hat den Wahlgesetzentwurf mit den geringfügigen Abänderungen genehmigt, daß bei den Wahlen zu Grunde zu legenden Bevölkerungsziffer die Ausländer nicht mitgezählt werden und daß die Mitglieder der fürstlichen Familien, welche früher in Frankreich geherrscht haben, nicht wählbar sein sollen. Der zur Bekämpfung der Kosten für die Beisetzung Viktor Hugo's beantragte Kredit von 20 000 Francs wurde bewilligt. Das Gleiche geschah von Seiten der Deputirtenkammer, jedoch beantragte der radikale Deputirte Delaforge, bei der Beisetzung der Leiche Viktor Hugo's im Pantheon, in der jetzigen Kirche St. Geneviève, keine religiöse Feier stattfinden zu lassen. Die Dringlichkeit für diesen Antrag wurde mit 229 gegen 114 Stimmen beschlossen, das Verlangen Delaforge's, über seinen Antrag sofort definitiven Beschluß zu fassen, jedoch mit 259 gegen 214 Stimmen abgelehnt. Der Minister des Innern hatte beantragt, die definitive Beschlußfassung auf die nächste Sitzung zu verschieben. Wie der „Rappel“ erfahren hat, beschloß das Ministerium, die Leiche des großen Dichters drei Tage hindurch unter dem Triumphbogen auszustellen. Der Schriftsteller Bacquerie veröffentlicht den ihm im August 1883